

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Briefporto 1 Mark, bei Selbstabholung 90 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Briefporto 1.10 Mk., bei Selbstabholung 1 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mk., für 1 Monat 1 Mk. (Postgebühren vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 10/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 12003

Anzeigen kosten die 7 gespaltene Zeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Plavvorschrift 25 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Bellegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4. — Mk. jedes Tausend, bei Teilaufgabe 5. — Mk. — Schluss der Annahme von Anzeigen für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4506 • Anzeigen-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Neue umfangreiche Verlenkungen.

Die neuesten Meldungen.

Der türkische Tagesbericht.

Konstantinopel, 8. Mai. Amtlicher Tagesbericht. Front: Unter Alerger, Feldwebel Konrad, brachte ein feindliches Flugzeug hinter unsere Linien zum Absturz. Das erbeutete feindliche Flugzeug wird von uns in Gebrauch genommen werden. An der Grenze östlich von Suleimanie, fanden Patrouillenzusammenstöße statt. Sieben Russen wurden getötet, zwei gefangen genommen. — Kaukasus: In lebhafter Patrouillentätigkeit brachten wir dem Gegner an mehreren Stellen Verluste bei. — In den übrigen Fronten keine besonderen Ereignisse.

Die Veränderungen in der englischen Admiralität.

Amsterdam, 8. Mai. Allgemeines Handelsblatt meldet aus London: Man glaubt, daß Admiral Jellicoe an die Spitze des neuen Stabes der Armee treten wird. Er wird sich ausschließlich politischen und strategischen Fragen widmen und von allen administrativen Aufgaben befreit sein. Ein Director of operations und ein Director of intelligence werden ihm zur Seite stehen. Der letztere wird die Befehle Jellicoes ausarbeiten und die drei Offiziere werden Leiter des Stabes sein, auf dem die Hauptverantwortung ruht. Außerdem sollen noch Direktoren für den Bau von Kriegsschiffen, für das Transportwesen und für U-Boot-Abwehr ernannt werden.

U-Boot-Sorgen in England.

Berlin, 8. Mai. Wolffs Bureau teilt mit: Daily News vom 27. April hat wenig Zweifel, daß die Mittelung von der plötzlichen und durchdringenden Zunahme der Verlenkungen englischer Handelschiffe in der vorhergehenden Woche mehr als alle amtlichen Ermahnungen gewirkt haben, um dem Volk den Ernst der Lage klar zu machen. Wenn sich nicht etwas Gänzlich Unerwartetes ereignet, so werde die nahe Zukunft Ungefahr und Leiden bringen, wie sie das Land seit vielen Geschlechtern nicht erfahren habe. Es sei eine von niemand bestrittene Tatsache, daß die Admiralität in ihrer gegenwärtigen Zusammenfassung verlagert habe.

Der Bombenwurf auf Jleriksee.

Saag, 8. Mai. (Meldung des Korrespondenzbureaus. Amtlich.) Nachdem die von den Militärbehörden eingeleitete Untersuchung ergeben hat, daß die Bombe, die am 20. April auf einem Jungenschiff auf die Stadt Jleriksee abgeworfen wurde, in Jleriksee explodierte, war, was auch von dem britischen Marineattaché zugegeben wurde, hat die Regierung durch ihren Gesandten in London von dem Vorfall und dem Ergebnis der Untersuchung Mitteilung machen und anfragen lassen, ob das Flugzeug zu den britischen Streitkräften gehörte. Die britische Regierung hat eine genaue Untersuchung angeordnet und versprochen, das Ergebnis dem Gesandten sofort mitzuteilen.

Das Programm des neuen griechischen Kabinetts.

Athen, 8. Mai. (Drahtmeldung.) Das neue griechische Kabinet hat in einer Mitteilung an die Wähler erklärt, sein Programm bestehe in der Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Griechenland und den alliierten Mächten. Kambrós hat in der Zeitung Akropolis erklärt, er müsse sich dagegen verwahren, die Entente getuscht zu haben, aber er sei glücklich, das Kameematerial bewahrt und die nationale Würde beschützt zu haben.

Amerikanische Mineurregimenter für Frankreich.

Washington, 8. Mai. (Neuermeldung.) Das Kriegsdepartement gibt bekannt, daß die Aufstellung von Mineurregimentern angeordnet wurde, die so rasch als möglich zu arbeiten in der Gruppe nach Frankreich geschickt werden sollen.

Der deutsche und der österreichische Tagesbericht vom 8. Mai befinden sich auf der 3. Seite.
Der heutige deutsche Tagesbericht liegt bei Abschluß der Nummer nicht vor.

Sin und her.

Es ist noch nicht lange her, daß die Internationale Korrespondenz, das Organ des rechten Flügels unserer Regierungssozialisten und Gewerkschaftsführer, einen plötzlichen Anfall sozialdemokratischer Besinnung und Courage bekam. Sie erklärte in einem Artikel, daß die Sozialdemokratie dazu kommen müsse, gegen den Reichskanzler vorzugehen, wenn er sich nicht entschließen könne, für einen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen einzutreten. Seitdem sind einige Wochen ins Land gegangen und es steht heute fest, daß der Reichskanzler diese Erklärung nicht abgeben wird, daß er weiter laviert. Das steht auch die F. A. ein. Ihre Anhänger hätten nun vielleicht in Kürze Gelegenheit, die Drohung wahr zu machen, der Regierung für ihre Taumenschrauben anzuhaken. Eine neue Kriegskreditvorlage soll dem Reichstag zunächst zugehen. Zwar steht noch nicht ganz fest, ob sie noch vor Pfingsten oder erst zum Herbst kommen soll. Bei dem großen Geldbedarf, das der Weltkrieg bedingt, ist indes wahrscheinlich, daß die Forderung dem Reichstag noch im Mai vorgelegt wird. Dann könnte also die Fraktion Scheidemann das tun, was sie nach der F. A. zu tun geneigt ist und was sie zu tun wünschte. Sie könnte die Weigerung des Reichskanzlers, durch eine klare Erklärung die Friedensbedingungen zu stärken, mit der Weigerung beantworten, weitere Kriegskredite zu bewilligen. Aber inzwischen hat die F. A. schon wieder Angst vor der eigenen Courage bekommen. Heute, da sie die Weigerung des Reichskanzlers auf Grund des gestern von uns erwähnten Artikels der Münchener Zeitung konstataren muß, schreibt sie folgendes:

„Zunehmend kann eine einseitige Beurteilung der deutschen Regierung noch nicht ausgesprochen werden, da sie einer Bereitwilligkeit der Feinde zu Verhandlungen noch nicht geneigt ist. Erst wenn dies der Fall wäre, oder wenn es uns gelänge, in Stockholm eine Uebereinkunft herbeizuführen, der beizutreten, wäre der Augenblick gekommen, die schärfsten Register gegen die deutsche Regierung zu ziehen.“

Das heißt, die Regierungssozialisten schrecken davor zurück, in Opposition zur Regierung zu treten. Sie suchen sich wie Bethmann um die unangenehme Entscheidung herumzubilden.

Übrigens ist die Front dieser Herren gegen die Annexionspolitik auch durchaus nicht fest. Im Hamburger Echo bringt Paul Gensch einen Artikel, worin er das Wort „keine Annexionen“ für nicht unbedenklich erklärt, und ihm eine Spitze gegen England zu stecken sucht. In einer Versammlung des sozialdemokratischen Vereins zu Karlsruhe haben sich mehrere Redner, ohne Widerspruch zu finden, gegen die vom Parteiausfluß erlassene Parole gewendet, und auch dem bayerischen Landtag berichtet die Münchener Volkszeitung, daß die sozialdemokratische Friedensformulierung Friede ohne Kriegsschädigung allgemeine Verurteilung und Ablehnung erfuhr. Auch der Führer der Sozialdemokratie habe sie als bedauerlich und schädlich abgelehnt, insbesondere im Hinblick auf das Verhalten der Sozialisten der uns feindlichen Länder.

Das Sin und Her, das sich in den wechselnden Äußerungen der F. A. und ebenso in manchen Sprüngen des Vorwärts zeigt, hat nicht zuletzt in diesem Hinneigen gewisser Kreise der Regierungssozialisten zu den Gedankengängen der Annexionspolitik, seiner tiefsten Feind. Man hat eben nicht ungestraft jahrelang die nationalistischen Ideen in der Sozialdemokratie pflanzen können, sie hängen der Fraktion Scheidemann fest als Bleikloß am Bein, da sie durch die russische Revolution gezwungen ist, etwas schärferen Friedensmarsch zu machen.

Der deutsche Reichskanzler, der sich in den Friedensinterpellationen noch nicht äußern kann, hat die Welt dafür mit einer andern Kundgebung beglückt. Er benutzte den Umstand, daß der österreichisch-ungarische Minister des Auswärtigen, Graf Czernin, von seinem Monarchen einen Orden bekommen hat, um den Herrn in einem Telegramm zu beglückwünschen und darin zu konstatieren, daß er mit ihm in dieser ersten Zeit in vollem Einverständnis arbeite. Graf Czernin hat natürlich lebendwirdig und mit einer Betonung des Bündnisses und des vollen Einvernehmens in der gemeinsamen Arbeit beantwortet. Diese prononzierte Hervorhebung des vollen Einverständnisses erfolgt jedenfalls ohne besonderen Grund. Sie trifft zusammen mit einem Artikel der Bayerischen Staatszeitung, des amtlichen Blattes der bayerischen Regierung, der nach der Reise des bayerischen Ministerpräsidenten Graf

Hertling nach Wien und vor dem Zusammentritt des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten erschien, dem Graf Hertling präsiert. In diesem Artikel wird der Verzicht auf bare Kriegsschädigung empfohlen. Der Verfasser meint, daß mit den Deutschen Abmachungen über unentgeltliche Lieferungen oder Lieferungen zu niedrigen Preisen von Rohstoffmaterialien gestritten werden können. Man solle ferner verlangen, daß sich der deutsche Handel in seinen Abgabebereichen wie vor dem Kriege wieder mit ganzer Kraft betätigen könne. Eine weitere Forderung des Artikels, der von einer „Mille von Zugeständnissen“ spricht, „die gleichbedeutend mit einer Kriegsschädigung von einer Milliarden-Summe in bar seien“, erstreckt sich auf die Herausgabe der beschlagnahmten Schiffe und aller deutschen Kolonien. Das Regierungsorgan begründet seinen Standpunkt damit, daß Deutschland keine Kriegsschädigung brauche, weil 60 Milliarden Kriegsanleihe nur einen geringen Teil des 275 Milliarden betragenden, um jährlich 10 Milliarden wachsenden Volkvermögens darstellen, und die von Deutschland steuerlich getragenen Lasten verhältnismäßig gering seien.

Der Artikel wird natürlich von der Rechten und Bezeichnenderweise auch vom Bayerischen Kurier, dem führenden Zentrumblatt Bayerns, heftig angegriffen. Das annexionskritische Lager stellt in diesem Artikel ein Ergebnis der Wiener Reise des Grafen Hertling, ein Zugeständnis, das Hertling bzw. der Reichskanzler der bayerischen Regierung macht. Darin dürfte sie recht haben. Es ist schon bei den früheren Kundgebungen des Grafen Czernin in der Friedensfrage vermerkt worden, daß sie weiter gingen als die gleichzeitigen Erklärungen der deutschen Regierung. Es ist also wohl möglich, daß von Wien aus die deutsche Regierung zu einer Abweisung der Forderungen unserer annexionskritischen Kreise gedrängt wird, und es würde ganz zu der schwanfenden Haltung des Reichskanzlers passen, daß er diesen Wiener Wunsch nicht durch eine klare Erklärung, sondern durch solche Mittel, wie dieser offiziöse Artikel sie darstellt, zu erfüllen versucht. Daß dieses Sin und Her niemand imponieren kann, weder der Rechten noch der Linken, daß diese Politik keine feste Stütze aufbaut, scheint Herr von Bethmann nicht zu begreifen, und obgleich das von Tag zu Tag mehr zutage tritt, hält die Fraktion Scheidemann krampfhaft an diesem Reichskanzler fest, hinter dem kaum noch eine Partei steht, einzig die Fraktion Scheidemann angenommen.

Mehr Entschlußkraft als die deutsche Regierung zeigt die türkische. Ihr Gesandter in Bern Fuad Bey erklärt, daß die Türkei bereit sei, die russischen Wünsche auf Cessionung der Dardanellen zu erfüllen, soweit sie sich nicht im Widerspruch mit der Unabhängigkeit der Türkei befindet. Diese Erklärung ebnet den Weg um ein weiteres Stück zur Friedensverhandlung mit Russland. Die österreichisch-ungarische Regierung hat das ihrige ebenfalls getan. Was dazu noch fehlt, ist nur noch die entsprechende Erklärung der deutschen Regierung. Auf ihr lastet die ganze Verantwortung für die Entscheidung in diesem schicksalsschwangeren Moment. Auf ihr und auf den Parteien, die ihre Haltung bestimmen oder zu bestimmen versuchen sollten. Die Fraktion Scheidemann wird ihre Haltung in dieser Krise vor dem Proletariat zu verantworten haben!

Die russische Revolution.

Ein klares Bild über den Ausgang der letzten Krise läßt sich immer noch nicht gewinnen. Die Nachrichten widersprechen sich; während die Londoner Daily News aus Petersburg meldet, daß die Ruhe in der Hauptstadt wiederhergestellt sei, behaupten Stockholmer Nachrichten, daß die Unruhen und Krawalle noch nicht beendet seien. Die Bewaffnung regierungstreuer Truppen sei von den Arbeitern als eine Herausforderung angesehen worden. Die von Lenin betriebene Propaganda habe verstärktes Gehör gefunden. Die Scharen Lenins durchzogen die Hauptstraßen mit Fahnen und Plakaten, auf denen verkündet wird, die provisorische Regierung verlasse die Arbeiterklasse zu betrügen. Am Sonnabend seien in Petersburg große Massen von Soldaten eingetroffen, die das an der Front verbreitete Gerücht, der Arbeiterrat sei gefangen gesetzt, veranlaßt habe, dem Rate zu Hilfe zu eilen. Diese kriegsfeindlichen Soldaten hätten neue Zusammenstöße bereits veranlaßt. Zudem laufe nun am 8. Mai der Waffenstillstand zwischen Regierung und Arbeiterrat